

INNENPOLITIK

Androsch zum Wahlkampf: "Lähmende Inhaltslosigkeit"



Hannes Androsch

WIEN. Der Rat für Forschung und Technologieentwicklung (RFT) sowie die Proponenten des Bildungsvolksbegehrens aus dem Jahr 2011 rufen vor der Nationalratswahl ihre Vorschläge und Forderungen in Erinnerung.

In Briefen an die kandidierenden Parteien stellt der RFT Fragen zu Bildung, Forschung und Innovation, die Ex-Volksbegehre werben unter anderem wieder für Ganztags- und gemeinsame Schule. "Der Wahlkampf ist von einer lähmenden Inhaltslosigkeit oder beschäftigt sich mit Oberflächlichkeiten, gleichzeitig wird mit der Gießkanne viel Geld verteilt", kritisierte der RFT-Vorsitzende und ehemalige Volksbegehrens-Initiator Hannes Androsch gegenüber der APA. "Außer den NEOS nimmt sich keine Partei der Bildung, der Wissenschaft und Forschung und der Innovation an. Aber ohne Innovationsdynamik, wo wir ohnedies hinten sind, wird die Zukunft nicht zu lösen sein."

In seinen Fragen verweist der Forschungsrat etwa auf seine Empfehlungen, wonach im Rahmen einer Exzellenzinitiative die kompetitiv vergebenen Forschungsmittel dringend erhöht werden



müssen. Androsch pocht auch auf Details zur Umsetzung der Rats-Forderung nach Einrichtung eines "Zukunftsfonds für Wissenschaft, Forschung und Innovation", der für zehn Jahre ein Gesamtvolumen von 30 Mrd. Euro bereitstellt. "Die 30 Mrd. sind kein Problem, wenn man sieht wie derzeit eine Mrd. nach der anderen hinausgepeffert werden, in der Annahme irgendwelche Gunst bei Wählergruppen erreichen zu können, was ein Irrtum ist."

Den Proponenten des Bildungsvolksbegehrens, das 2011 knapp 400.000 Unterschriften erreichte, geht es unter anderem um die Umsetzung ihrer Forderungen nach gesicherter frühkindlicher Betreuung, elementarpädagogischer Ganztagsbetreuung im Vorschulalter sowie verschränkter Ganztagschulen, einer gemeinsamen Schule sowie einer höheren Dotierung der Hochschulen. "Seit das Volksbegehren diese Forderungen aufgestellt hat, sind sie nicht behandelt und umgesetzt worden und im Bildungsbereich sind vielfach Verschlechterungen gegen früher eingetreten, und das ist eine gefährliche und unverantwortliche Entwicklung", so Androsch.



Androsch fordert einen „Ruck“ in der Bildungspolitik

Schreiben an alle Parteien: „Wir dürfen nicht weitere fünf Jahre verlieren.“
 Für gemeinsame Schule und mehr Geld für die Universitäten.

Wien – Das Bildungsvolksbegehren bekam 2011 fast 400.000 Unterschriften. Dennoch blieb der Erfolg der von Industriellenvereinigung und Sozialpartnern unterstützten Initiative aus. Zu weit waren die Positionen der damaligen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP auseinander.

Nun nutzen die Initiatoren den Wahlkampf, um ihre Anliegen noch einmal in die Debatte einzubringen. Heute bekommen die Parteiocheln und Klubchefs der Parteien Post vom Industriellen Hannes Androsch, der das Volksbegehren maßgeblich initiiert und getragen hat. Die zentrale Forderung: „Es muss ein ‚Ruck‘ durch das Land gehen, wir brauchen einen nationalen Schulterschluss, einen ‚Big Bargain‘ in der Bildungspolitik.“ Bleibe dieser aus, „werden wir am Ende der kommenden Legislaturperiode weitere fünf Jahre an Zukunft verloren haben“.

Der Zustand des Bildungssystems sei jedenfalls unbefriedigend. Androsch zitiert Studien, nach denen jeder vierte 15-Jährige nicht sinner-



Hannes Androsch präsentiert 2011 das Resultat des Bildungsvolksbegehrens. Fast 400.000 Unterstützer reichten nicht für eine Umsetzung. Foto: APA

fassend lesen könne. 80.000 junge Erwachsene zwischen 15 und 24 Jahren hätten gar keinen Schulabschluss.

Als Antwort fordert Androsch namens der Initiatoren einen „nationalen Schulterschluss“ unter Einbindung der Sozialpartner. Nötig sei jedenfalls eine Veränderung der „realpolitischen Machtverhältnisse“, die Reformen bisher im Weg ständen.

Kontrovers war vor allem die Forderung des Volksbegehrens nach einer gemeinsamen Schule aller Zehn- bis 14-Jährigen. ÖVP und FPÖ lehnen diese traditionell ab. Androsch sieht darin in Verbindung mit der ganztägigen Betreuung aber eine wichtige Maßnahme, um den Einfluss der sozialen Herkunft auf die schulischen Leistungen zurückzudrängen.

Die gemeinsame Schule fördere außerdem die Integration der Kinder mit Migrationshintergrund – und sie sei, zum Teil sogar bis 16 Jahre, in 23 der 28 EU-Staaten üblich.

Weitere Punkte des Volksbegehrens betrafen Verbesserungen bei der Lehrerbildung und eine Aufstockung des Uni-Budgets. Die Hochschulen seien „massiv unterdotiert“ – und die aktuellen Planungen ließen eine Fortsetzung dieser Tendenz befürchten. Das Ziel, Österreich im Spitzenfeld der „Innovationsleader“ zu platzieren, werde so jedenfalls nicht erreicht.

Die Frage, wie Österreich zu einem „Innovationsleader“ aufsteigen kann, beschäftigt auch den Rat für Forschungs- und Technologieentwicklung, dessen Vorsitzender Androsch ist. Auch der Rat wendet sich an die Parteien, mit einem ausführlichen Fragebogen zu einschlägigen Themen. Um Antwort noch vor der Wahl wird gebeten. Der Rat will dann eine Übersicht der verschiedenen Ansätze im Internet veröffentlichen. (sabl)